**Anhörung vor dem Parlamentarischen Untersuchungsausschuss 6/1 des
Landtages Brandenburg am 18. November 2016**

Gegenstand der Arbeit des Untersuchungsausschusses ist *„Organisierte rechte Gewalt im Land Brandenburg 1991 bis heute“*.

A. „Rechte Gewalt“ bis zur 2. Migrationskrise

I. Das Phänomen

Lassen Sie mich allgemein mit der *„rechten Gewalt“* im Land Brandenburg beginnen, wobei ich lieber von Gewalttaten aus rassistischer und fremdenfeindlicher Motivation spreche. Das Begriffspaar *„Rassismus und Fremdenfeindlichkeit“* findet sich in einem Rahmenbeschluss des Rates der EU vom 28. November 2008 und nun auch in Artikel 7a unserer Landesverfassung.

Gewaltstraftaten aus rassistischen und fremdenfeindlichen Motiven entwickelten sich nach der Wiedervereinigung vor allem in den neuen Bundesländern zu einem Massenphänomen. Den Ausbruch nationaler Emotionen im Zusammenhang mit der Wiedervereinigung der Nation hatten organisierte Rechtsextreme aus den alten Bundesländern als Chance zur Verbesserung ihres bis dahin geringen politischen Einflusses begriffen und zum Anlass für eine intensive Agitation ihrer nationalistischen Ziele genommen. Dabei spielte ihnen die 1. Migrationskrise in die Hände. Denn die Wiedervereinigung fiel in eine von 1988 bis 1993 andauernde Phase der Zuwanderung einer Vielzahl von Asylsuchenden aus der Dritten Welt in die Europäische Union, von denen fast Zweidrittel in der Bundesrepublik ankamen, wo sie nach 1990 auch auf die neuen Bundesländer verteilt wurden. Dies war meines Erachtens eine verhängnisvolle Fehlentscheidung, denn die ehemaligen Bürger der DDR waren eine Vielzahl von Ausländern nicht gewöhnt; der Ausländeranteil in der DDR lag 1988 bei nur 1,2 %. Die Staats- und Parteiführung der DDR hatte einerseits zwar Völkerfreundschaft gepredigt, andererseits aber jeden Ausländer als potenzielles Sicherheitsrisiko angesehen und alles unternommen, um unkontrollierte

Kontakte von DDR-Bürgern zu Ausländern zu unterbinden. Dazu gesellten sich negative Erfahrungen der Bevölkerung mit Angehörigen der „sozialistischen Brüderländer“ als unerwünschte Konsumkonkurrenten zurzeit der Versorgungsengpässe in den 80iger Jahren, während die Möglichkeiten, positive Erfahrungen mit Ausländern zu machen, wegen des „Eisernen Vorhangs“ erheblich geringer waren als für Bürger der alten Bundesrepublik. Hinzu kam auch noch, dass sich unter den Asylsuchenden viele sogen. Wirtschaftsflüchtlinge befanden.

Man darf Menschen, die sich in wirtschaftlicher Not befinden, nicht vorwerfen, dass sie versuchen sich dieser Notlage zu entziehen. Aber die Bereitschaft von Staaten, denen es wirtschaftlich besser geht, diese Menschen aufzunehmen, sind begrenzt, und die Akzeptanz der Bevölkerung hängt wesentlich davon ab, ob sie mit ihrer eigenen wirtschaftlichen Lage zufrieden ist. Das war nun bei den neuen Bundesbürgern gerade nicht der Fall. Viele hatten ihre bisherigen Arbeitsplätze verloren und befanden sich in einer wirtschaftlichen Krise, sodass sie die Asylbewerber als Konkurrenten im Existenzkampf um die knapp bemessenen staatlichen Ressourcen betrachteten. Auch fühlten sie sich in der Erwartung enttäuscht, dass sich der Staat zunächst um sie als „Deutsche“ zu kümmern habe, die in der DDR unter ökonomisch schlechteren Bedingungen als in der BRD gelebt hatten. Eine Begebenheit, die *Anetta Kahane*, Vorstandsvorsitzende der „*Amadeu Antonio Stiftung*“, während einer Veranstaltung in der Berliner Akademie der Künste am 20. Juni 2006 geschildert hat, belegt diese Erwartungshaltung schlaglichtartig: Am Tag nach dem Mauerfall sagte ein Ostdeutscher zu einem Türken in Kreuzberg, dass er „gehen“ könne, „denn jetzt sind wir da!“ Nach meiner damaligen persönlichen Wahrnehmung ist durch die Konfrontation der Ostdeutschen mit Wirtschaftsflüchtlingen die ausländerfeindliche Stimmung enorm aufgeheizt worden. Doch auch in den alten Bundesländern kam es zu schweren Übergriffen, und ich habe miterlebt, wie engagierte Befürworter des damals geltenden Asylrechts in den alten Bundesländern in ihren sozialen Kuschecken verstummt, wenn sie erfuhren, dass in der Nähe ihres Wohnortes die Einrichtung eines Asylbewerberheims geplant war. Da die Migrationswelle somit nicht nur eine Überforderung der Bevölkerung in den neuen Bundesländern darstellte, sondern auch der in den alten, der das Zusammenleben mit Ausländern vertrauter war, und der Staatshaushalt in Bedrängnis geriet, wurde

schließlich im Mai 1993 der Zugang zum politischen Asyl in Deutschland durch Änderung des Grundgesetzes (Art.16a) stark eingeschränkt. Die gesellschaftspolitische Auseinandersetzung vor und nach dem umstrittenen „Asylkompromiss“ wurde von den Rechtsextremisten für ausländerfeindliche Hetze genutzt, die brennende Asylbewerberheime und sonstige schwerste ausländerfeindliche Gewalttaten im gesamten Bundesgebiet zur Folge hatten. Die Intensität der Gewaltanwendungen schien häufig in einem Zusammenhang mit dem Ausmaß der von den Täter empfundenen Fremdheit ihrer Opfer zu stehen, sodass gerade in den Taten zum Nachteil von Opfern mit einer anderen Hautfarbe eine Vernichtungstendenz zum Ausdruck kam, die vermuten ließ, dass die Täter ihnen das Menschsein aberkannten. Die Täter dieser rassistischen und fremdenfeindlichen Straftaten waren zumeist Jugendliche und Heranwachsende. Diese wurden bis Ende der 90er Jahre von einer Jugendkultur geprägt, die von rechtsextremistischen Vorstellungen dominiert war.

II. Die Reaktionen

Polizei und Justiz in Brandenburg waren anfangs mit dem Phänomen überfordert, weil sie sich in einer Umbruchphase befanden. Seitens der Politik wurde nach meinem Eindruck parteiübergreifend zunächst der Versuch unternommen, das Phänomen zu deckeln, um das Land vor einem Negativimage zu bewahren, woran sich auch der Verfassungsschutz beteiligte. Am 31. Juli 1996 erschien im „Tagesspiegel“ ein Interview mit mir, in dem ich nach einer neuen Gewaltstraftatenwelle mit einer Verlautbarung des brandenburgischen Verfassungsschutzes konfrontiert wurde, wonach die Zahl der Gewaltstraftaten gesunken sei. Dem habe ich widersprochen und die Auffassung vertreten, dass es nicht ausreichen würde, dieses Kriminalitätsphänomen nur mit Mitteln der Polizei und Justiz zu bekämpfen, sondern dass ein breites gesellschaftliches Bündnis diesen Kampf unterstützen müsste. Das Interview brachte mir viel Kritik ein; ich war sozusagen zum Nestbeschmutzer geworden. Rechtsanwalt *Rolf Henrich* aus Eisenhüttenstadt warf mir in der „Neuen Juristischen Wochenschrift“ vor (NJW 1996, S. 3940), „über eine verschwindende Minderheit Jugendlicher und Heranwachsender und deren ‚gewalttätigen Rechtsextremismus‘ wie über eine soeben auferstandene SA“ geredet zu haben. Justizminister *Bräutigam* brachte jedoch mir gegenüber während einer Veranstaltung im Herbst 1996 zum Ausdruck, dass es richtig gewesen

sei, das Problem öffentlich zu thematisieren und gestand mir sogar ein, nach schweren Gewaltstraftaten bereits mehrfach auf eine aktuelle Stunde im Landtag hingewirkt zu haben, was an allen im Landtag vertretenen Parteien gescheitert sei. Als die Ausländerbeauftragte *Almuth Berger* Ende des Jahres einen Runden Tisch im MASGF einberief, dem auch ich angehörte und der sich mit möglichen Gegenmaßnahmen befasste, versuchte man die Teilnehmer auf Regierungskurs zu bringen, indem nach einigen Treffen anstelle der Referatsleiterin *Berger* ein Staatssekretär von Ministerin *Hildebrandt* den Vorsitz übernahm. Das ließ sich die Runde jedoch nicht gefallen und drohte mit Auflösung, wonach *Almuth Berger* wieder den Vorsitz übernahm. Im Mai 1997 wurde dann aber das „*Aktionsbündnis gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit*“, und im Juni 1998 das Handlungskonzept „*Tolerantes Brandenburg*“ beschlossen. Damit bekannte sich Brandenburg als erstes Bundesland dazu, mit rassistischen und fremdenfeindlichen Gewalttaten ein Problem zu haben, das es zu lösen galt. Im Jahr 2000 erschien in der „*Zeit*“ (39/2000) ein Interview mit *Manfred Stolpe*, in dem dieser freimütig einräumte, dass Problem anfangs unterschätzt zu haben.

Nachdem ich 1996 Generalstaatsanwalt geworden war, begann ich ab 1998 bei meiner Behörde mit Zustimmung des Datenschutzbeauftragten eine Liste von „*Gewaltstraftaten zum Nachteil von Personen aus rechtsextremistischer, fremdenfeindlicher oder antisemitischer Motivation*“ mit den persönlichen Daten der Täter zu führen, um den Verfahrensverlauf zu überwachen, gegen Wiederholungstäter den Verfolgungsdruck erhöhen und möglicherweise Hinweise auf zugrunde liegende Organisationsstrukturen erhalten zu können sowie wissenschaftliche Auswertungen zu ermöglichen. Letztere sind auch erfolgt; die Ergebnisse unter „*Allgemeine Informationen, Rechtsextremismus*“ auf der Internetseite der Generalstaatsanwaltschaft des Landes Brandenburg abrufbar. Die Führung dieser Liste wurde 2013 eingestellt, weil die Gewaltstraftaten erheblich zurückgegangen und Polizei und Justiz nicht mehr von den Mängeln der Aufbauphase beeinträchtigt waren. Bereits 2007 wurde mit dem Sammelband „*Rechtsextremismus in Brandenburg*“ eine letztlich positive Zwischenbilanz der bisherigen Anstrengungen von staatlichen Institutionen und der Zivilgesellschaft gezogen und 2009 wurden die Anstrengungen Brandenburgs im Kampf gegen den

Rechtsextremismus im „*Spiegel*“ (Nr. 23/2009, S. 42 f.) gewürdigt. Dies ist nun seit der 2. Migrationskrise leider Schnee von gestern; die Gewaltstraftaten sind auch in Brandenburg wieder stark angestiegen.

Meine bis zur 2. Migrationskrise zu ziehende positive Bilanz wird jedoch dadurch getrübt, dass mein Verhältnis zum brandenburgischen Verfassungsschutz während der Zeit besonders belastet war, als dieser von *Heiner Wegesin* geleitet wurde. Dies betraf den Zeitraum von Januar 2000 bis zum Dezember 2004. In dieser Zeit ereignete sich der Fall *Toni S.* Dieser war seit Anfang 2000 für den brandenburgischen Verfassungsschutz als V-Mann tätig. Er hatte den Auftrag, Informationen über die Produktion der volksverhetzenden CD „*Noten des Hasses*“ der rechtsextremen Musikgruppe „*White Arian Rebels*“ zu sammeln, die u.a. Mordaufrufe enthielt, darunter auch gegen meine Person. Angeblich um die Produktionswege des Tonträgers zu ermitteln, genehmigte und unterstützte der brandenburgische Verfassungsschutz *Toni S.* bei der Produktion in dem Zeitraum 2001 bis 2002. Es handelte sich dabei um die 2000 Stück umfassende Zweitaufgabe des Tonträgers. *Toni S.* wurde am 11. November 2002 vom Landgericht Berlin zu einer Freiheitsstrafe von zwei Jahren auf Bewährung verurteilt, wobei die Verurteilung unter anderem auf dem Vertrieb der CD „*Noten des Hasses*“ beruhte. Das Verfahren gegen den V-Mann-Führer von *Toni S.* wurde vom Landgericht Cottbus am 24. Februar 2005 wegen „geringer Schuld“ nach § 153 Abs. 2 StPO eingestellt. Der Beschluss ist veröffentlicht worden („*Neue Justiz*“ 2005, S. 377). Auch zu diesem Komplex verhält sich der Bericht des NSU-Untersuchungsausschusses des Deutschen Bundestages (BT-Drs. 17/14600, S. 200, 296 f.).

Abgesehen von der Amtszeit von *Heiner Wegesin*, war das Verhältnis der Staatsanwaltschaft zu allen anderen Leitern des brandenburgischen Verfassungsschutzes insgesamt gut. Ich führe dies darauf zurück, dass diese im Unterschied zu *Wegesin* ausschließlich ehemalige Justizjuristen waren und bei diesen ein besonderes Gespür für nicht zu überschreitende Grenzen vorauszusetzen sein dürfte. Doch dieses Gespür hat beim ersten Leiter des brandenburgischen Verfassungsschutzes, *Wolfgang Pfaff*, der zuvor jahrelang als Bundesanwalt tätig gewesen war, leider in einem Fall versagt, indem während dessen Amtszeit *Carsten Szczepanski* als V-Mann mit dem Decknamen „*Piatto*“ verpflichtet wurde. Dieser war

1995 vom Landgericht Frankfurt (Oder) wegen versuchten Mordes zu einer Freiheitsstrafe von acht Jahren verurteilt und im Dezember 1999 nach Verbüßung von 2 Dritteln seiner Strafe auf Bewährung entlassen worden. Über das Verhältnis *Szczepanskis* zum seit Dezember 2011 aufgedeckten NSU-Komplex enthält der Bericht des Untersuchungsausschusses des Deutschen Bundestages vom 22. August 2013 detaillierte Ausführungen (Drucksache 17/14600, S. 283 – 295). Dieser kommt zu dem Schluss, dass wegen der Verurteilung wegen versuchten Mordes niemals eine Verpflichtung als V-Mann hätte geschehen dürfen (BT-Drs. 17/14600, S. 857). Ich habe dies kürzlich in einem Interview als Ausdruck völliger Hilflosigkeit angesichts der Größe des damaligen Problems mit rassistisch und fremdenfeindlich motivierten Gewalttaten und rechtsextremistischer Propaganda bezeichnet. Doch habe ich dem Einspruch meiner Interviewerin nicht widersprochen, dass es sich auch um einen „Freilandversuch ohne Sicherungsnetz“ gehandelt haben könnte (Kleffner/Spangenberg, Hrsg., Generation Hoyerswerda, Das Netzwerk Militanter Neonazis in Brandenburg, S. 218 f.).

Ob *Carsten Szczepanski* an der Aufklärung von Straftaten wesentlich mitwirkte, ist mir nicht bekannt. Im zweiten sogenannten Dolgenbrodt-Verfahren, in dem der Angeklagte beschuldigt worden war, am 1. November 1992 gegen Bezahlung durch einige Dorfbewohner ein Asylbewerberheim einen Tag vor dem Bezug mit einem Molotow-Cocktail in Brand gesteckt zu haben, wurde *Szczepanski* zwar von der damaligen Sitzungsvertreterin der Staatsanwaltschaft als Kronzeuge präsentiert, doch die Verurteilung nicht auf seine Aussage gestützt. Dies hat *Andreas Müller*, damals Berichterstatter der erkennenden Strafkammer des Landgerichts Frankfurt (Oder) in seinem 2013 erschienenen Buch „Schluss mit der Sozialromantik. Ein Jugendrichter zieht Bilanz“ in einem eigenem Kapitel ausführlich geschildert

B. Exkurs: Die Vernichtung der Justizakten betreffend Carsten S.

Im Mai 2013 hatte der Vorsitzende des NSU-Untersuchungsausschusses des Deutschen Bundestages zwei das Land Brandenburg betreffende Beweisbeschlüsse übermittelt. Daraufhin waren u.a. auch sämtliche bei der Staatsanwaltschaft als aktenuführende Behörde vorhandenen Akten betreffend *Carsten S.* und *Toni S.* dem Untersuchungsausschuss übermittelt worden. Dem 1314 Seiten umfassenden Bericht des Untersuchungsausschusses des Deutschen Bundestages vom 22.

August 2013 ist jedenfalls nicht zu entnehmen, dass sich aus den brandenburgischen staatsanwaltschaftlichen Akten Hinweise auf den NSU-Komplex ergeben. Nach Rückkehr der Akten sind diese wieder in den Geschäftsgang gegeben und entsprechend den geltenden Vorschriften zum Teil vernichtet worden. Kritik daran halte ich für unberechtigt, denn mit der Einsetzung eines weiteren Untersuchungsausschuss konnte nicht gerechnet werden. Auch waren die Entscheidungen der Staatsanwaltschaften Potsdam und Frankfurt (Oder) nicht zu beanstanden, auf den Aktendeckeln der vernichteten Akten nicht deren Archivwürdigkeit vermerkt zu haben. Das geschieht bei spektakulären Einzelfällen. Völlig unüblich ist es hingegen, alle Verfahren gegen bestimmte Personen als archivwürdig einzustufen, was ich auch datenschutzrechtlich für bedenklich halten würde. Ebenfalls geht der Hinweis fehl, dass man die Akten dem Landeshauptarchiv hätte anbieten sollen:

Alle Staatsanwaltschaften des Landes Brandenburg bieten entsprechend der AV des Ministers der Justiz vom 7. September 2010 (AussonderungsAV) alle Akten vor der Vernichtung dem Brandenburgischen Landeshauptarchiv an. Von den Staatsanwaltschaften werden jährlich etwa 150.000 JS-Akten vernichtet (dazu kommen etwa noch einmal genauso viele UJs-Akten), wobei die Vernichtung eine täglich zu erledigende kontinuierliche Arbeitsaufgabe darstellt. Dies ist dem Landeshauptarchiv bekannt, das natürlich nicht in der Lage ist, sämtliche Akten zuvor zu sichten. Aufgrund der Vielzahl der Verfahren werden diese jahrgangsweise geordnet nach den verschiedenen Registern unter Beachtung der Regelungen der Aufbewahrungsbestimmungen angeboten. Eine Übermittlung aller Verfahren mit Namen des Beschuldigten/Täters erfolgt grundsätzlich nicht. Seitens des Brandenburgischen Landeshauptarchivs werden den Staatsanwaltschaften auf der Grundlage des Brandenburgischen Archivgesetzes sodann die jeweiligen Bewertungskriterien für die zu übernehmenden Verfahren mitgeteilt. Dabei beschränkt sich das Interesse des Landeshauptarchivs nicht auf spektakuläre Fälle, sondern gefragt sind auch Fälle der Alltagskriminalität. Anhand dieser Bewertungskriterien werden die Akten durch Verwaltungsmitarbeiter der Behörden ausgewählt und für die Übergabe vorbereitet.

Darüber hinaus wird von dem Brandenburgischen Landeshauptarchiv allen Staatsanwaltschaften jährlich ein fortgeführtes Verzeichnis „Vormerkbuch des BLHA“

zu den dort als archivwürdig vorgemerkten presseträchtigen Verfahren übersandt. Diese Verfahren sind entsprechend zu kennzeichnen und ebenfalls nach Ablauf der Aufbewahrungsfristen dem Brandenburgischen Landeshauptarchiv zu übergeben. Schließlich übernimmt das Landeshauptarchiv auch die von den Staatsanwaltschaften selbst als archivwürdig gekennzeichneten Akten.

Obwohl ich die Kritik an der Aktenvernichtung somit für unberechtigt halte, habe ich am 6. Oktober angeordnet, dass bis zu einer zu erwartenden ministeriellen Regelung keine Akten mehr vernichtet werden. Dass dies schon wegen der dafür benötigten Raumkapazitäten eine Beeinträchtigung des Dienstbetriebs bedeutet, versteht sich von selbst.

C. Rechtsextreme terroristische Vereinigungen?

Kommen wir nun zu der Frage ob es in Brandenburg Anhaltspunkte für das Vorhandensein einer rechtsextremistischen terroristischen Vereinigung i.S.d. § 129a StGB gab.

I. Vorbemerkungen

Rassistische und fremdenfeindliche Gewalttaten stellten in den 90er Jahren zwar einen Flächenbrand dar, doch handelte es sich dabei zumeist um sehr junge Täter, die spontan, oft unter Alkoholeinfluss, in Gruppen agierten, und bei denen nicht vom Vorhandensein einer Organisationsstruktur gesprochen werden konnte. Dies hat nicht nur die Auswertung der von mir geführten Auflistung ergeben. Zu diesem Ergebnis gelangt man auch nach Lektüre der 2009 erschienenen Broschüre *„Abkehr von rechtsextremistisch motivierter Gewalt – Einsichten von Strafgefangenen.“* Der Journalist Frank Schauka hatte Mitglieder der *„Wohngruppe Schönnagel“* in der JVA Brandenburg/Havel über ihre kriminelle Karriere befragt, die vielfach mit Alkoholmissbrauch und dem Konsum rechtsextremer Musik begann. Gleichwohl war natürlich mit der Möglichkeit zu rechnen, dass bei Einzelnen eine Entwicklung zum Terrorismus erfolgte, wie dies dann bei Mitgliedern des NSU der Fall gewesen sein dürfte. Dies ist aber auch in Brandenburg geschehen.

II. Die terroristische Vereinigung *„Freikorps Havelland“*

2004 hatte die Staatsanwaltschaft Potsdam ein Ermittlungsverfahren gegen eine Gruppe junger Männer eingeleitet, denen zur Last gelegt wurde, unter dem Namen

„Freikorps Havelland“ mit Brandanschläge auf asiatische und türkische Imbissbuden und Geschäfte zwischen August 2003 und Mai 2004 das Ziel verfolgt zu haben, das Havelland „ausländerfrei“ zu machen. Der Generalbundesanwalt hatte dieses Verfahren nicht übernommen, weil es aus seiner Sicht „von minderer Bedeutung“ war, sodass die Generalstaatsanwaltschaft des Landes Brandenburg wegen des Verdachts der „Bildung einer terroristischen Vereinigung“ (§ 129a StGB) ermittelte. Nach meiner Pressemitteilung vom 18. August 2004 unter der Überschrift „Erstes Verfahren wegen Terroristischer Vereinigung im Land Brandenburg“, kam mir zu Ohren, dass die Hausleitung des Innenministeriums nicht darüber glücklich sei, dass es in Brandenburg rechtsextremistischen Terrorismus geben sollte und sich die Kritik auf meine Person bezog, und zwar in dem Sinn: „Nun macht unser Generalstaatsanwalt auch noch aus Jugendlichen und Heranwachsenden Terroristen.“ Nach der Anklageerhebung im November 2004, verurteilte das Brandenburgische Oberlandesgericht jedoch am 7. März 2005 elf der zwölf Angeklagten u.a. wegen Bildung einer terroristischen Vereinigung. Es war bundesweit die erste Verurteilung nach der Neufassung des § 129a StGB im Dezember 2003, wonach u.a. auch Brandstiftungen als Straftaten einer terroristischen Vereinigung anzusehen sind, wenn diese Taten dazu bestimmt sind „die Bevölkerung auf erhebliche Weise einzuschüchtern.“ Die entscheidende Rechtsfrage war, ob es ausreichte, dass wie im Fall der ausländischen Brandanschlagsopfer nur Teile der Bevölkerung eingeschüchtert werden sollten. Das hatte der Generalbundesanwalt wohl bezweifelt, weil er andernfalls das Verfahren vermutlich übernommen hätte. Und auch der damalige Staatssekretär im brandenburgischen Innenministerium, Eike Lancelle, der als Zuschauer an der Urteilsverkündung teilnahm, war nach meiner Wahrnehmung als Sitzungsvertreter über die Verurteilung sichtlich überrascht. Doch auch der Bundesgerichtshof schloss sich auf die Revision der Angeklagten in seinem Urteil vom 18. Mai 2006 der Auffassung an, dass es sich bei dem „Freikorps Havelland“ um eine terroristische Vereinigung gehandelt hat.

Dass man im brandenburgischen Innenministerium bis zu dem Urteil des Brandenburgischen Oberlandesgerichts das „Freikorps Havelland“ nicht als eine terroristische Vereinigung ansah, lässt sich auch aus einer Passage des bereits

erwähnten Berichts des NSU-Untersuchungsausschusses folgern. Dort heißt es (BT-Drs. 17/14600, S. 855, vgl. S. 236):

„Offenbar überrascht wurde das Bundesamt für Verfassungsschutz in seiner Terrorismusanalyse auch durch eine Serie von Brandanschlägen...von August 2003 bis Mai 2004 im Land Brandenburg. Der Verfassungsschutzbericht hat die Möglichkeit eines rechtsterroristischen Hintergrunds dieser Taten nicht erwähnt. Erst als eine sich ‚Freikorps Havelland‘ nennende zwölköpfige Gruppierung für diese Taten wegen Bildung einer terroristischen Vereinigung im Jahr 2005 zu teils mehrjährigen Jugendstrafen verurteilt wurde, erwähnte das BfV diesen Vorgang in seinem Jahresbericht. Im bereits genannten BfV Spezial Nr. 21 zur rechtsterroristischen Gefahr von Juli 2004 sucht man diesen Fall vergeblich. Gleichzeitig spielte das BfV andere mögliche rechtsterroristische Gefahren herunter...“

Weshalb das Bundesamt dazu kam, bis zur Verurteilung der Täter die Brandanschläge des „Freikorps“ unerwähnt zu lassen, ist mir nicht bekannt. Entweder wurden diese vom brandenburgischen Verfassungsschutz gar nicht als mögliche terroristische Anschläge gemeldet oder es fand darüber eine Kommunikation mit dem Ergebnis statt, sie nicht im Zusammenhang mit Terrorismus zu bringen. Im Verfassungsschutzbericht des Landes Brandenburg für das Jahr 2003, der im Mai 2004 erschien, findet das „Freikorps“ keine Erwähnung, weil zu diesem Zeitpunkt die Anschlagsserie auch noch nicht aufgeklärt war. Im Verfassungsschutzbericht für das Jahr 2004, der im Mai 2005 erschien, findet die Verurteilung dann Erwähnung.

III. Die dubiose Vereinigung „Nationale Bewegung“

Vom 7. auf den 8. Januar 2001 wurde ein Brandanschlag auf die Trauerhalle des Jüdischen Friedhofs in Potsdam verübt. In der Nähe des Tatortes wurde ein Bekennerschreiben aufgefunden, das mit „Die Nationale Bewegung“ unterzeichnet war und antijüdische Hetze enthielt. Bereits zuvor hatte sich die „Nationale Bewegung“ zu Straftaten bekannt, wie den Brandanschlag auf einen fahrbaren türkischen Imbissstand in Stahnsdorf am 21. September 2000. Auch hatte die „Nationale Bewegung“ unter dem 29. März 2000 ein Drohschreiben an ein führendes Mitglied der sogen. Kampagne gegen die Wehrpflicht und unter dem 13. November

2000 einen „Offenen Brief“ an die „Märkische Allgemeine Zeitung“ gerichtet. Bereits am 12. Januar 2001 übernahm der Generalbundesanwalt das Verfahren. Zwar deutete das Bekennerschreiben auf eine Vereinigung hin, doch reichten die Gesamtumstände noch nicht aus, um einen Anfangsverdacht wegen Bildung einer terroristische Vereinigung i. S. d. § 129a StGB (a.F.) zu bejahen, sodass die Übernahme „wegen der besonderen Bedeutung des Falles“ (§§ 142a Abs. 1, 120 Abs.2 Nr. 3 GVG) erfolgte. Die Täter wurden nicht ermittelt; die Akten des 122 Aktenstücke umfassenden Verfahrens 3 BJs 1/01 – 4 (1) sind beim Generalbundesanwalt noch vorhanden. Zu den Merkwürdigkeiten dieses Verfahrens gehört es, dass die „Nationale Bewegung“ nach dem Brandanschlag auf die Trauerhalle nicht mehr in Erscheinung trat, der damalige Leiter des Verfassungsschutzes, *Heiner Wegesin*, nach meiner Erinnerung Einwände dagegen erhob, das Verfahren dem Generalbundesanwalt zur Übernahme anzubieten und dann das Bekennerschreiben im Internet veröffentlichen ließ, worin die Bundesanwaltschaft eine Behinderung ihrer Ermittlungen sah. Daher will ich nicht verhehlen, dass mir Zweifel gekommen sind, ob es die Vereinigung „Nationale Bewegung“ tatsächlich je gegeben hat.

D. Rechtsextreme kriminelle Vereinigungen?

I. Die unter Punkt 2 des Beschlusses vom 11. August 2016 aufgeführten Gruppierungen

Gegen keine dieser Gruppierungen ist ein Verfahren wegen „Bildung einer kriminellen Vereinigung“ (§ 129 StGB) eingeleitet worden, wofür die Staatsanwaltschaft Potsdam zuständig gewesen wäre (vgl. § 74a StGB). Das ist auch nicht zu beanstanden, weil sich ein „entsprechender Anfangsverdacht nicht begründen ließ. Allerdings sind gegen Mitglieder dieser Gruppierungen wegen anderer Straftaten Verfahren geführt worden sind. Was die unter Punkt 2 des Beschlusses genannte Gruppierung „Bewegung Neue Ordnung/Schutzbund Deutschland“ betrifft, ist mir erinnerlich, dass gegen führende Mitglieder Verfahren wegen Volksverhetzung liefen und im Juli 2006 zugleich mit der Zustellung der Verbotsverfügung nach § 3 des Gesetzes zur Regelung des öffentlichen Vereinsrechts Durchsuchungen bei den Beschuldigten erfolgten. Dies war ein

vorbildliches Zusammenwirken zwischen der Staatsanwaltschaft, Polizei und Verfassungsschutz, der damals von *Winfriede Schreiber* geleitet wurde. Mitglied des Schutzbundes war u.a. *Maik E.*, dessen Zwillingsbruder *Andre E.* zurzeit im sogenannten NSU-Verfahren in München vor Gericht steht und damals im Kontakt zum Schutzbund stand. Die Hauptakten des Verfahrens gegen die Mitglieder der Gruppierung „*Schutzbund Deutschland*“ wegen Volksverhetzung sind als archivwürdig eingestuft worden und befinden sich noch bei der Staatsanwaltschaft Neuruppin (Az. 329 Js 8056/06). Über dieses Verfahren kann Oberstaatsanwältin *Lodenkämper* als zuständige Abteilungsleiterin umfassend Auskunft geben. Abschließend möchte ich bemerken, dass nach meinem Eindruck die brandenburgischen Innenminister von der Möglichkeit, gegen rechtsextremistische Gruppierungen mit Verbotsverfügungen vorzugehen, extensiv Gebrauch gemacht haben.

II. Anklage wegen Bildung einer kriminellen Vereinigung in Nauen

Die Staatsanwaltschaft Potsdam (496 Js 32846/15) hat unter dem 20. Juni 2016 Anklage gegen fünf Beschuldigte wegen „*Bildung einer kriminellen Vereinigung*“ gemäß § 129 StGB vor der dafür zuständigen Staatsschutzkammer (§ 74a Abs. 1 Nr. 4 GVG) des Landgerichts Potsdam erhoben. Es handelt sich um die erste Anklage nach dieser Vorschrift im Land Brandenburg. Den Angeschuldigten wird u.a. die gemeinschaftlich begangene Brandstiftung an der Sporthalle des OSZ Nauen in der Nacht vom 24. auf den 25. August 2015 zur Last gelegt. Der Generalbundesanwalt hatte zuvor unter dem 14. März 2016 (2 ARP 559/15-5) die Übernahme des Verfahrens abgelehnt, weil – anders als im Fall des „*Freikorps Haveland*“ – keine zureichenden tatsächlichen Anhaltspunkte dafür vorlägen, dass die Gruppe gegründet wurde, um gerade die in § 129a Abs. 2 Nr. 2 StGB genannten Straftaten zu begehen. Zudem sah der Generalbundesanwalt auch keine „*besondere Bedeutung des Falles*“ i.S.v. § 120 Abs. 2 GVG, was es ihm ermöglicht hätte, die Sache an sich zu ziehen. Falls es Ihnen schwer fallen sollte, die Zuständigkeit des Generalbundesanwalts nachzuvollziehen, darf ich darauf verweisen, was der frühere Generalbundesanwalt *Kay Nehm* in einem am 8. Mai 2001 vor der Juristischen Studiengesellschaft Regensburg gehaltenen Vortrag ausführte: „*Die Zuständigkeit des Generalbundesanwalts für die Verfolgung extremistischer Straftaten mit Staatsschutzqualität ist alles andere als klar und übersichtlich. Die Schwierigkeiten*

haben ihre Ursache in der undurchsichtigen verfassungsrechtlichen Kompetenzverteilung im Staatsschutzrecht.“

Das Landgericht Potsdam hat mit Beschluss vom 25. Oktober 2016 das Hauptverfahren vollumfänglich eröffnet; die Hauptverhandlung soll am 24. November 2016 beginnen.

E. Was ist zu tun?

Die zweite Migrationskrise im wiedervereinigten Deutschland hat zu einem erschreckenden Anstieg von rassistischen und fremdenfeindlichen Gewalttaten geführt. Doch Polizei und Justiz sind anders als in den 90er Jahren in Brandenburg nun handlungsfähig und dort ist auch eine Zivilgesellschaft entstanden, die sich zur Wehr setzt. Schließlich ist die Jugendkultur nicht mehr von rechtsextremen Vorstellungen dominiert. Doch vermute ich, dass viele Täter von heute von der rechtsextremen Jugendkultur der 1990er Jahre geprägt wurden, wie dies auch bei den Mitgliedern des NSU der Fall gewesen sein dürfte.

Da offensichtlich ein Zusammenhang zwischen Migrationskrise und derartigen Gewalttaten besteht, muss in erster Linie die Migrationskrise gelöst werden. Die Aufnahme von Hunderttausenden Flüchtlingen von September bis Dezember 2015 steht einer Nation, die den industriell betriebenen Mord von Millionen zu verantworten hat, zwar gut zu Gesicht, doch hat der Bund, der diese m.E. richtige Entscheidung getroffen hat, auch für deren Umsetzung Sorge zu tragen und die dafür erforderlichen Mittel zur Verfügung zu stellen.

Fraglich ist, wie es mit der Behandlung der Flüchtlingsproblematik weiter gehen soll. Während es mir rechtlich problematisch erscheint, für Kriegsflüchtlinge und Asylsuchende eine jährliche Obergrenze festzusetzen, sollte andererseits Klarheit darüber bestehen, dass kein Staat eine unbegrenzte Zahl an Asylanten und Flüchtlingen aufzunehmen vermag, worauf kürzlich auch der Historiker *Heinrich August Winkler* in einem Interview mit dem „*Focus*“ (38/2016, S. 30 ff, 34) hingewiesen hat. Zwar ist richtig, dass das Grundgesetz für das Asylrecht keine Obergrenze vorsieht, doch setzt dies nicht den Römischen Rechtspruch „*Ultra posse nemo obligatur*“ außer Kraft: „*Über das Können hinaus wird niemand verpflichtet.*“ Grenzen für die Aufnahme werden gesetzt durch die Finanzkraft des Staates, die auch den Umfang der zur Verfügung stehenden Integrationsressourcen bestimmt,

und die Aufnahmebereitschaft der Bevölkerung. Zwar sind die Staatsfinanzen anders als bei der ersten Migrationskrise in gutem Zustand, doch die Bevölkerung ist bezüglich der Aufnahmebereitschaft bereits gespalten. Der in der DDR sozialisierte „Spiegel“-Journalist *Stefan Berg* hat diese Spaltung in einem im Februar erschienenen Essay („Der Spiegel“ 7/2016) wie folgt beschrieben:

„Ein Teil der Deutschen fürchtet, nachdem mehr als eine Million Menschen hier angekommen sind, offenbar um das Vertraute, um das, was sie für deutsch und abendländisch halten. Sie vermissen Sicherheit, Grenzen, sie fürchten eine schleichende Entheimung. Ein anderer Teil der Deutschen glaubt an universelle Werte und an ein darauf beruhendes Zusammengehörigkeitsgefühl. Sie kennen sich aus in der Fremde, warum sollen sie nun Fremde fürchten?“

Die Kommunikation zwischen beiden Bevölkerungsgruppen aber ist gestört. Die ‚Heimat-Deutschen‘ fühlen sich hilflos und missverstanden, im Diskurs der politischen Klasse finden sie sich nicht wieder. Die rechte Ecke wird ihnen zugewiesen, also richten sie sich in ihr ein. Die Gruppe der ‚Weltbürger‘ ist formulierungsgeübt. Ihre Anhänger freuen sich, die anderen auf dem völkischen Fuß zu erwischen. Die Weltbürger schreiben ‚Nazi‘. Die andern twittern zurück: ‚Volksverräter‘. Den Worten folgen bereits Steine.“

Ich fühle mich zwar nicht berufen, mich in diese Auseinandersetzung einzumischen, doch dürfte zutreffen, dass die Fremdenfeindlichkeit in der Furcht vor Überfremdung, in der Furcht vor „Entheimung“, wie *Berg* es ausdrückt, wurzelt. Wichtig ist mir auch der Hinweis, dass Fremdenfeindlichkeit nicht notwendig mit Rassismus und Nationalismus einhergeht. Das beste Beispiel hierfür finden wir in der deutschen Geschichte: Als nach dem 2. Weltkrieg Deutsche aus den ehemaligen deutschen Ostgebieten in das Gebiet diesseits der neuen Oder-Neiße-Grenze flüchteten, wurden sie nicht überall willkommen geheißen, sondern vielfach schlecht behandelt und beschimpft, was heute vielfach vergessen ist. Deshalb habe ich keine Zweifel, dass es auch zu Übergriffen kommen würde, wenn man in ein brandenburgisches Dorf mit 100 Seelen 50 Sachsen zwangseinquartieren würde.

Die von der Fremdenfeindlichkeit ausgehende Gefahr wächst indes, wenn Rassismus und Nationalismus hinzutreten, wie dies derzeit der Fall ist. Wird also die

zweite Migrationskrise nicht gelöst, bedeutet dies faktisch die Förderung von Rechtspopulisten, Rechtsextremisten und vielleicht sogar von Rechtsterroristen.

Einig sollten wir uns aber sein, dass jeder Asylsuchende und Flüchtling, der sich in Deutschland aufhält, ob berechtigt oder unberechtigt, Anspruch auf Schutz vor Straftaten, insbesondere Gewaltstraftaten hat. Die Strafverfolgungsbehörden in Brandenburg haben sich jedenfalls vorgenommen, derartige Straftaten mit der gebotenen Schnelligkeit und Härte verfolgen.